

denkschluch nicht auf eigenen Füßen stehen konnte, sondern große Vorräte an Nahrungsmitteln und Rohstoffen vom Ausland einzuführen hatte. Für diese Verbindlichkeiten waren die Gegenwerte nicht vorhanden, zumal der Friedensvertrag fast alle deutschen Forderungen im Ausland befriedigte. Die Folge dieser Verschuldung war die Balutaentwertung, die ihrerseits zu einer Steigerung des Privatniveaus führte. Die Lebenshaltung ist durch diese Erscheinungen auf einen Grad der Teuerung geführt, der als unerträglich bezeichnet werden muß. Wie sehr allein die Teuerung auf die Gestaltung des Steuerbedarfs in Reich, Ländern und Gemeinden wirken mußte, zeigte ein Posten im Reichshaushalt, nämlich die Ausgabe von 3 Milliarden Mark für Besoldungsaufbesserungen. Aber das Ziel der großen Steuerreform in Deutschland dürfte im Hinblick auf die veränderten wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen nicht allein darin liegen Einnahmen zu erschließen. Es kam vielmehr die zweite, für die ruhige staatliche Entwicklung Deutschlands unerlässliche Voraussetzung hinzu, nämlich den gewaltigen Steuerdruck nach den Prinzipien der Leistungsfähigkeit auf die Steuerpflichtigen und ihre Wirtschaft zu verteilen. In erster Linie stand daher die Reform der direkten Steuer auf Vermögen, Einkommen und Vermögenszuwachs. Wenn auch die indirekten Steuern vorerst nur eine sekundäre Rolle spielen, so bedeutet das nicht, daß sie nicht ausgeschöpft werden. Das geht schon aus dem Vergleich der Ertragskräfte zwischen den direkten und indirekten Steuern hervor. Es werden nach den amtlichen Schätzungen aufgebracht in einem Beharrungszustand, d. h. also in einer Lage, die als stetig bezeichnet wird, folgende Summen:

Table with 3 columns: Steuerart, 1920 in Millionen Mark, 1918 in Millionen Mark. Rows include Direkte Steuern, Indirekte Steuern, and Summe.

Dieses Steueraufkommen soll erreicht werden, denn der Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden, der auf wenigstens 32 Milliarden veranschlagt ist, kann aus keiner anderen Quelle befriedigt werden als aus den laufenden direkten und indirekten Steuern und Zöllen. Die Ersparnisse auf der Ausgabe Seite sind strengstens durchzuführen, aber sie lassen sich bei einer Reihe von Posten nicht bewerkstelligen. So weisen vor allen Dingen die großen Betriebsunternehmen des Reiches, die Eisenbahn und die Post, die höchsten Milliardendeckelungen auf. Sie gehen bis zu 13 bzw. heute 16 Milliarden Mark.

Der Bedarf des Reiches setzt sich nach den großen Gruppen geordnet aus folgenden Ausgaben zusammen:

Table with 2 columns: Beschreibung, Millionen Mark. Lists various government expenditures like Reichswehr, Renten, etc.

Stetzu tritt der Steuerbedarf der Länder und Gemeinden, der für das Jahr 1919 auf rund 6 1/2 Milliarden Mark berechnet wurde. Um diese Milliardenlücken aufzubringen, erwies es sich als unumgänglich notwendig, daß Deutschland alle Steuerquellen bis zur höchsten Leistungsfähigkeit ausschöpft. Die Berechnung der Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung gibt über den tatsächlichen Steuerdruck keinen Aufschluß; denn ein reiches Land wird eine bestimmte Steuerlast pro Kopf leichter tragen können, als ein armes Land. Es sind also weder das reale Kapital noch das reale Einkommen und die mit beiden in Verbindung stehenden wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen klar zu erfassen, um hieraus die Steuerbelastung der einzelnen Länder zu vergleichen. Immerhin ergibt die Berechnung über die Belastung auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Steuerlast von mindestens 533 Mark.

Die Denkschrift führt dann die Steuern der Reichsfinanzreform von 1919/20 an, nämlich die außerordentliche Kriegsteuer für das Rechnungsjahr 1919, die Kriegsteuer vom Vermögenszuwachs, das Reichsnotopfer, die Übernahme der Einkommensteuer von den Einzelstaaten auf das Reich und vollkommene Neugestaltung dieser Steuer, das Körperschaftsteuergesetz, Kapitalertragssteuergesetz, Erbschaftsteuergesetz, Umsatzsteuergesetz, Tabaksteuergesetz, Spielkartensteuergesetz, Ränderwarensteuergesetz, Grundbesitzsteuergesetz.

Vor der Abstimmung in Ostpreußen.

Seit der Mitte der vorigen Woche sind die Abstimmungs-berechtigten aus dem Reich in Annabich auf Marienwerder und Allenstein. Jeder Tag bringt neue große Scharen. Trotz der polnischen Schikanen im Korridor ist es gelungen, die Transporte zu bewerkstelligen, wenn auch ein erheblicher Teil der Reisenden aus nichtigen Gründen von polnischer Seite abgewiesen und auf dem Wege umgeleitet werden mußte. Überall hört man die Versicherung, die Heimat gegen die polnische Vergewaltigung schützen zu wollen. Besonders aus dem Ruhrgebiet sind bereits zehntausende unterwegs. Die ostpreussische Gastfreundschaft überreißt sich in diesen Tagen selbst. Mit den einzelnen Gemeinden, welche für die reichliche Versorgung der Stimmberechtigten eintreten, wetteifern die Einwohner, um jeden dieser Tage für die meisten zu einem Festtage zu machen. So wie hier in Allenstein, welches große Toilette gemacht hat, ist es überall in Ermeland, Masurien und auch in der westpreussischen Abstimmungsreisen. Man darf heute im ganzen Allensteiner Gebiet von einer lächelnden Einheitsfront sprechen. Wo noch Gegenstände vorhanden waren, da sind sie auf Grund einer Verständigung über das gemeinsame Programm der provinziellen Autonomie geglättet worden. Wenn heute auch solche Kreise, die bisher nicht als ganz zuverlässig galten,

steht von einem Anschluß an das neue Polen abgerückt sind, so tragen dafür verschiedene Gründe, wie der Zusammenbruch der polnischen Offensive gegen Rußland, die Entwertung der polnischen Mark usw., bei. Vor allem aber machen die Flüchtlinge aus dem Soldauer Kreise und aus Westpreußen für das Deutschtum die beste Propaganda. Zu Tausenden sind die jüngerer Männer über die Grenze geströmt und haben sich zum Teil gewaltsam den Weg durch die Postenkette gebahnt, weil die wirtschaftlichen Zustände schon jetzt auf der polnischen Seite ganz unerträglich geworden sind, und weil überall eine zwangswelke Aushebung zahlreicher Jahrgänge begonnen hat. Über es sind doch nicht bloß die jammervollen Verhältnisse auf der Gegenseite, die der deutschen Sache zugute kommen. In erster Reihe ist es die zähe und treue Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland, die bei Einheimischen und Abgewanderten in der gleichen Weise sich mit elementarer Kraft Bahn gebrochen hat. Die deutsche Stimmung ist hier nicht weniger tief und allgemein, als sie nurecht in der zweiten schlesischen Zone. Der erste Eindruck läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Deutschen des ostpreussischen Abstammungsbereiches auf den 11. Juli in jeder Weise gerüstet sind.

Deutscher Reichstag. Lebensmittelfragen.

Haus und Tribünen sind mäßig besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung überweist das Haus das Dürrengebot an die Beschäftigungskommission. Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation der rheinisch-westfälischen Abgeordneten über die

Schwierigkeiten der Getreideversorgung.

in weiten Teilen Deutschlands, insbesondere dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Auf Antrag des Präsidenten wird diese Interpellation mit den Interpellationen der Unabhängigen wegen der fortgesetzten Erhöhung der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte verbunden.

Abg. Erlebens (Dem.) begründet die erste Interpellation und schildert namentlich die ungesunde Zusammenfassung des Brotes, bei welcher die Erzeugnisse des Vieh- bei weitem überwiegen. Das ganze System der Getreideversorgung bedarf überhaupt einer Revision. Die Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete habe verfaßt. Das werde auch in landwirtschaftlichen Kreisen anerkannt.

Die Interpellation der Unabhängigen begründet Abg. Dr. Herh. An den Wucherpreisen für Obst und Gemüse sehr man, daß der freie Handel die produktive Bevölkerung ausbeute. Deshalb widerlege sich seine Partei der Auffassung der Zwangswirtschaft. Wenn die Lockmittel der Reaktion, die an den Unruhen der letzten Tage die Schuld trage, leider den gewünschten Erfolg habe, so sei das aber auch ein Beweis dafür, bis zu welchem Grade die Verwirrung der Massen gestiegen sei. Seine Partei sage der Regierung schärfsten Kampf an. Dazu komme der mangelnde gute Wille der Agrarier.

Unterstaatssekretär Dr. Hugo beantwortet beide Interpellationen. Im Industriegebiet müsse zurzeit schon eine bedeutende Ernteernte eingetreten sein, da etwa 6000 Tonnen Getreide dorthin geschafft wurden. Es seien Verhandlungen im Gange, um Gemüse einfuhr vom Ausland zu bewerkstelligen. Gegen Landwirte, die ihren Lieferungsverpflichtungen nicht nachkommen, und gegen Wucherer werde energisch vorgegangen.

Abg. Kappeler (Soz.): Reserven habe die Reichsgetreidekasse in diesem Jahre auch nicht ein einziges Mal beisehen, und die Kartoffeln kämen nach dem Westen Deutschlands überhaupt nicht. Trete aber eine Verzehrförderung oder ein Streik ein, dann sei der Zusammenbruch unserer Ernährung und damit der Bürgerkrieg da. Gegenüber dem Friedensstande haben sich die Preise bei der Landwirtschaft um das 10-12fache vermehrt, während die Löhne nicht annähernd um das zehnfache gestiegen seien. Grund zur Klage habe die Landwirtschaft nicht. Die Rollen der Interpellation zweifeln er an.

Inzwischen ist ein Antrag der Unabhängigen eingebracht worden, der erklärt, daß die Behandlung der beiden Interpellationen durch die Regierung nicht den Ansprüchen des Reichstages entspreche.

Hierauf wird die Fortsetzung der Besprechung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Aktuelle politische Meldungen.

Die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen im Reich ist, wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, auch am 15. Juni nicht in dem Maße gewachsen, wie es nach der kritischen wirtschaftlichen Lage allgemein angenommen wurde. Dies erklärt sich daraus, daß die Betriebe bemüht sind, ihre Arbeiter so lange wie möglich durch eine Kürzung der Arbeitszeit in der Fabrik zu erhalten. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen unterliegenden Erwerbslosen am 15. Juni 221 123, der weiblichen Erwerbslosen 67 935, insgesamt also 289 058. Zu den eigentlichen Erwerbslosen treten 271 146 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstellt werden. Die Gesamtzahlen entsprechen etwa dem Stande, den die Erwerbslosigkeit am 1. Mai dieses Jahres erreicht hatte.

Abkündigung der Beschwerten wegen der Schwarzen. Die Antwort der Entente auf die deutsche Beschwertennote betreffend die schwarzen Truppen im besetzten Gebiete lautet: Angesichts des Vorgehens der deutschen Presse gegen die schwarzen Truppen hat die Oberste Kommission der Verbündeten im Vorgebiet, nachdem sie die Ungenauigkeit (?) der in Frage stehenden Artikel genau geprüft hat, beschlossen, dem deutschen Vertreter folgenden Protest (?) zu übermitteln: Eine gewisse deutsche Presse bestreift sich seit längerer Zeit eines Vorgehens gegen die französischen Besatzungstruppen

afrikanischen Ursprungs. Es handelt sich dabei tatsächlich nur um wenige vereinzelte (?) Fälle von Übergriffen, die den Militärbehörden zugegangen sind, wobei die Schuldigen sofort exemplarisch bestraft wurden. Mehrere Zeitungen, die jene belanglosen Artikel gegen die schwarzen Truppen abgedruckt hatten, haben sie bereits unter Entschuldigungen widerrufen. Unter solchen Bedingungen liegt es natürlich im Interesse der Wahrheit, ein formales Dementi aller jener Angaben folgen zu lassen.

Die internationale Eibkommission hat ihre Arbeiten am 30. Juni beendet. Sie beschäftigte sich mit den Fragen des Unterschiedes zwischen der Eibakte und dem Friedensvertrage, sowie mit der von Deutschland im Jahre 1917 eingeführten Verkehrssteuer. Es wurde die Ansicht vertreten, daß diese Verkehrssteuer dem Eibakte und dem Friedensvertrage nicht entspreche. Mit dieser Angelegenheit, insbesondere auch mit der Frage der Anwendung des bisherigen Verkehrssteuererlasses, wird sich die nächste Sitzung der internationalen Eibkommission, die für den 16. November nach Dresden einberufen ist, befassen. Dort werden auch die Anträge bezüglich einer neuen Eibakte beraten werden. Die Sitzung der internationalen Eibkommission in Prag tagte unter dem Vorsitz des Delegierten der Tschecho-Slowakischen Republik Professor Skir. Die internationale Oberkommission tagte am 2. Juli in Breslau.

Eine Kürzung der Kohlenration. Die internationalisierte Kommission bestimmt, daß 25 Prozent der Kohlen der Bevölkerung entzogen und ihr selbst zur Verfügung gestellt werden sollen. Ferner soll die Ablicht bestehen, den Bergarbeitern bis zum August keine Freikohle zu verabfolgen. Der Betriebsrat der Adnig-Luise-Grube hat deshalb an die staatliche Bergwerksinspektion folgenden Antrag gerichtet: Die von der Belegschaft der Adnig-Luise-Grube zu Deborce geförderte Kohle dürfe nur für die Friedensindustrie und für wirtschaftliche Zwecke verwendet werden. Die Kohle soll an erster Stelle zum Austausch von Lebensmitteln und Getreide dienen. Zur Fabrikation von Kriegsmaterial darf keine Kohle verbraucht werden. An die kriegsführenden Länder und an Ungarn darf kein Verkauf von Kohle stattfinden.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Der bekannte Vertreter des „Matin“, Sauerwein, hatte mit dem Direktor der A. G. Felix Deutsch eine Unterredung, in der die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland besprochen wurden. Im Verlauf dieser Unterredung erklärte Direktor Deutsch nach dem „Matin“ u. a. folgendes: Eine Aufrichtung Europas, ohne daß Rußland an dieser Arbeit teilnimmt, ist unmöglich. Alle europäischen Länder sind auf Rußlands Lebensmittel und Rohstoffe angewiesen. Alle Behauptungen, daß Rußland nichts liefern könnte, sind irrig. Rußland leidet hauptsächlich an seiner Transportkrise. Sobald diese behoben ist, wird die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Rußland und den europäischen Ländern leicht möglich sein. Es ist Deutschlands Aufgabe, zur Behebung der Transportkrise in Rußland obligatorisch einzugreifen. Eine Verständigung mit Rußland muß auf jeden Fall erzielt werden. Alle Versuche, die Räteregierung zu stärken, scheinen aussichtslos. Die Sowjetregierung, die an sich nichts weiter als eine hinter der marxistischen Fassade errichtete Militärdiktatur ist, ist heute stärker als je. Trotzdem sind viele Wege da, auf denen eine Verständigung erzielt werden könnte; denn Lenin weiß ganz genau, daß auch Rußland ohne Europa nicht existieren kann.

Die internationale Finanzkonferenz einberufen. Von gut unterrichteter Seite wird gemeldet: Der Generalsekretär des Völkerbundes verständigte die in Frage kommenden Regierungen telegraphisch, daß die internationale Finanzkonferenz vom Völkerbundrat auf den 23. Juli einberufen wird. Ferner wird in dem Telegramm mitgeteilt, daß die ersten Sitzungen der Konferenz der Vorlegung von Denkschriften dienen werden. Jeder Staat ist eingeladen, eine derartige Denkschrift zur Verfügung der Konferenz zu stellen. In diesen Dokumenten soll eine möglichst vollständige Darlegung der wirtschaftlichen Lage des Landes enthalten sein, und zwar eine Aufstellung der auswärtigen Schulden, eine Darlegung der Finanzlage, des auswärtigen Handels sowie eine Darlegung der gegenwärtigen Politik der betreffenden Regierung gegenüber diesen verschiedenen Fragen.

Die türkischen Nationalisten entschieden geschlagen?

Ein Bericht aus dem griechischen Großen Hauptquartier meldet die Einnahme von Varderna am Marmarameer. Die Streikkräfte Mustafa Kemals, die an den Unten Smyrna-Philadelphia und Smyrna-Varderna Widerstand leisteten, sind vollständig vernichtet worden. Der griechische Heeresbericht vom 3. Juli besagt: Der Feind, der im Süden von Batiçari eine vernichtende Niederlage erlitt, wird energisch verfolgt.

Von Stadt und Land.

Aue, 6. Juli 1920.

Mieterbewegung.

Die Wohnungsnot einerseits und die durch die allgem. Teuerung, natürlicherweise bedingte Verteuerung der Wohnungsmieten haben ihre Wirkungen auf die Mieter nicht verfehlt. Die Erregung, die sich ihrer wohl schon seit längerer Zeit bemächtigt hat, kommt jetzt allgemein zum Ausdruck, wie ein am vorigen Sonntag, in Dresden abgehaltener außerordentlicher Mietertag, über den wir an anderer Stelle berichten, zeigt. In Aue gab den Auftakt zu der nun auch hier eingeleiteten Bewegung der Beschluß des Hausbesitzervereins, die Berechnung der Wohnungsmieten auf eine neue Grundlage zu stellen und dabei die Quadratmeterzahl der Wohnräume und bestimmte Einheitspreise dafür maßgebend sein zu lassen. Unsere Leser kennen diesen Beschluß aus unseren Veröffentlichungen. Die Durchführung des Beschlusses ist, wenn sie gerecht und mit notwendiger Beschleunigung der teuren Lebenslage jedes Einzelnen von den Hausbesitzern erfolgte, wohl von niemand zu bekämpfen. Es bedarf keiner Worte, daß die Aufwendungen des Hausbesitzers für sein Haus an Steuern und Abgaben, Reparaturen, Erben- und Versicherungen, Wasser- und Gasgelder u. s. f. in demselben Maße gestiegen sind, wie die Kapitalertragssteuer in den meisten Fällen vom Hypothekengläubiger durch Zinsaufhöhung auf den Zinsgäbiger, den Hausbesitzer, der sie

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.